



Bundesamt für Sport
z.H. Stefanie Mägert
Hauptstrasse 245-254
2532 Magglingen

29. Oktober 2012

Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Mägert

Der Kanton Graubünden wurde zur Mitwirkung im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens betreffend die Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 eingeladen. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns bestens. Angesichts der kurzen Frist war es uns leider nicht möglich, in diesem für Graubünden ausserordentlich bedeutsamen Projekt eine Stellungnahme der Bündner Regierung zum vorliegenden Entwurf des Bundesbeschluss und zum erläuternden Bericht zu erlangen.

Die Bündner Regierung hat dem Bundesrat jedoch bereits mit Schreiben vom 19. September 2012 ihren Dank für das grosse Engagement des Bundes zugunsten des Kantons Graubünden und das Zeichen des Vertrauens ausgesprochen. Diesen Dank möchten wir an dieser Stelle nochmals zum Ausdruck bringen. Nachstehend erlauben wir uns in Absprache mit den zuständigen Departementen des Kantons Graubünden, einige Hinweise zum vorliegenden Entwurf des Bundesbeschlusses über die Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 und zum entsprechenden erläuternden Bericht.

Zum Bundesbeschluss:

Art. 1 Abs. 3 lit. a.

Damit das Engagement der Gemeinden St. Moritz und Davos nicht nur im erläuternden Bericht sondern auch im Bundesbeschluss zum Ausdruck kommt, bitten wir darum, eine Ergänzung von lit. a. wie folgt zu prüfen:

- a. sich der Kanton Graubünden, **zusammen mit den Gemeinden St. Moritz und Davos**, und Swiss Olympic je mit insgesamt mindestens 15 Millionen Franken an den Kosten der Kandidatur beteiligen; und

Art. 3 lit. a.

Gemäss Art. 2 des Bundesbeschlusses beteiligt sich der Bund an den ungedeckten Kosten der Organisation und der Durchführung der Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 mit einem maximalen Beitrag von 1 Milliarde Franken. Gemäss Art. 3 lit. a. wird der dafür vorgesehene Verpflichtungskredit an die Bedingung geknüpft, dass der Kanton Graubünden und die beteiligten Gemeinden einen angemessenen finanziellen Beitrag leisten. Weder aus dem Bundesbeschluss noch aus der Botschaft geht klar hervor, was darunter zu verstehen ist. Der Bund engagiert sich, neben den übrigen Leistungen, die er im Zusammenhang mit den Olympischen Winterspielen Schweiz 2022 erbringt, mit dem vorgesehenen Beitrag in hohem Masse an der Organisation und Durchführung der Spiele. Wir gehen davon aus, dies auch aufgrund der bisher mit dem Bund geführten Gespräche, dass mit den Leistungen, die der Kanton Graubünden im Zusammenhang mit der Gewährleistung der Sicherheit und mit den anteilmässigen Investitionen in Infrastrukturprojekte erbringt, die Bedingung der angemessenen Beteiligung erfüllt ist. Für die Gemeinden erachten wir die anteilmässige finanzielle Beteiligung an den relevanten Infrastrukturprojekten als angemessen.

Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass hinsichtlich der Volksabstimmung vom 3. März 2012 in Graubünden ein hohes Risiko der Ablehnung besteht, sollte in der Bevölkerung der Eindruck entstehen, dass sich der Kanton Graubünden oder die Gemeinden St. Moritz und Davos am Defizit der Durchführung der Spiele zu beteiligen hätten. Insofern bitten wir Sie um eine Präzisierung des Bundesbeschlusses bzw. des erläuternden Berichts.

Art. 3 lit. b.

Selbstverständlich werden sowohl der Kanton Graubünden als auch die beteiligten Gemeinden bei der Organisation und Durchführung der Olympischen Winterspiele Schweiz 2022 für die Einhaltung der geltenden Gesetzgebung besorgt sein, unabhängig vom betroffenen Rechtsgebiet.

Hinsichtlich der Formulierung „sowie die Bestimmungen über den Zweitwohnungsbau“ sollte eine Präzisierung erfolgen, da es bei den relevanten Bestimmungen nicht nur um den Bau sondern auch um die Nutzung von Zweitwohnungen geht. Wir schlagen folgende Formulierung vor: „sowie die Bestimmungen über Zweitwohnungen einhalten“.

Zum erläuternden Bericht:

Öffentlicher Verkehr, Seite 22

Ein Grossteil der zur Diskussion stehenden Projekte, ist bereits Bestandteil der Planungen des Bundes. Die Projektrealisierung würde im Rahmen der Durchführung Olympischer Winterspiele in Graubünden vorgezogen. Insofern stellt sich die Frage ob diese Projekte vollumfänglich dem Investitionsbudget Olympische Winterspiele Schweiz 2022 zuzurechnen sind oder ob nicht vielmehr nur die im Zusammenhang mit der vorgezogenen Realisierung entstehenden Kosten dem Projekt anzulasten sind.

Mit den im Rahmen der Machbarkeitsstudie Verkehr als zwingend notwendig bezeichneten Infrastrukturmassnahmen und dem vorgesehenen Ringkonzept der Rhätischen Bahn (RhB), kann die Kapazität in der Personenbeförderung gesteigert werden. Dennoch ist zusätzlich eine Vielzahl von Bussen einzusetzen. Mit dem Bau des Wolfgangtunnels zwischen Klosters und Davos, dessen Realisierung in der Machbarkeitsstudie als nützlich erachtet wird, könnte die Kapazität der RhB nachhaltig gesteigert und die Fahrplansicherheit erhöht werden. Die Anzahl der einzusetzenden Busse könnte reduziert werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit, die der Kern des vorliegenden Kandidaturkonzeptes ist, bitten wir darum, die Realisierung des Wolfgangtunnels nochmals zu prüfen und einen entsprechenden Hinweis in den erläuternden Bericht aufzunehmen.

Investitionen, Seite 23

In der Tabelle auf Seite 23 werden verschiedene Massnahmen und Investitionen im Schienen- und Strassenverkehr dargelegt, die aufgrund der Machbarkeitsstudie als notwendig erachtet werden. Die dargestellten Zahlen stimmen nicht mit den in der Botschaft der Regierung des Kantons Graubünden enthaltenen Zahlen überein und können auch anhand des Berichts Verkehrliche Machbarkeit (Ernst Basler + Partner) nicht plausibilisiert werden. Im erläuternden Bericht des Bundes sollte daher dargelegt werden, worin die Unterschiede zur Bündner Botschaft bestehen, damit in der politischen Debatte, in der öffentlichen Diskussion und im Abstimmungskampf nicht widersprüchliche Informationen vorliegen.

Kapitel 1.8.5 Raum und Umwelt, Seite 24

Die Klammerbemerkung (Amt für Natur und Umwelt sowie Raumplanungsamt) ist zu streichen. Seitens des Amtes für Raumentwicklung wurde keine summarische Vorprüfung durchgeführt, entsprechend liegt auch kein Bericht vor, der im Rahmen des Öffentlichkeitsprinzips bei allfälligen Anfragen zur Verfügung gestellt werden könnte. Insofern sollte der gesamte Abschnitt gestrichen oder zumindest überarbeitet werden.

Kapitel 1.8.5 Raum und Umwelt, Seite 24 unten und Seite 25 oben

„Im Rahmen der weiteren Arbeiten sind in verschiedenen Bereichen vertiefte Abklärungen und gegebenenfalls planerische Anpassungen vorzunehmen. Die allenfalls zu treffenden Massnahmen müssen spätestens bei der Einreichung eines konkreten Bauprojektes geklärt sein“. Die allenfalls zu treffenden Massnahmen sollten unseres Erachtens schon vor der Einreichung eines konkreten Bauprojektes und nicht erst spätestens bei dessen Einreichung geklärt sein, insbesondere wenn es sich um planerische Anpassungen handelt. Andernfalls besteht die Gefahr, dass diese aus zeitlichen Gründen nicht mehr vollzogen werden können. Wir bitten um eine entsprechende Anpassung dieser Formulierung.

Sicherheit, Seite 42 und 43

Die Kosten für den Einsatz der notwendigen Polizeikräfte (IKAPOL, ausländische Polizisten), in den operativen Sicherheitskosten enthalten mit rund 130 Mio. Franken, werden im Rahmen der bundesstaatlichen Zuständigkeiten vom Kanton Graubünden getragen. Inwieweit die Kantone auf eine Geltendmachung der IKAPOL-Ansätze verzichten (analog zur UEFA Euro 2008), kann heute nicht beurteilt werden und muss zwischen ihnen vereinbart werden. Für den Kanton Graubünden ist es sehr wichtig, bei diesem ausserordentlichen Projekt sowohl auf die personelle als auch die finanzielle Unterstützung der übrigen Kantone zählen zu können. Alleine wäre der Kanton Graubünden nicht in der Lage, die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten. Der Kanton Graubünden wird deshalb bei den zuständigen Gremien vorstellig werden und Verhandlungen um eine Beteiligung der Kantone an den Sicherheitskosten im Rahmen der IKAPOL führen. Wir bitten Sie, an dieser Stelle im erläuternden Bericht einen Hinweis aufzunehmen, dass der Kanton Graubünden mit einem entsprechenden Begehren an die zuständigen Gremien gelangen wird.

Für die Berücksichtigung unserer Hinweise, die wir anlässlich der heutigen konferenziellen Anhörung teilweise bereits mündlich eingebracht haben, bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse

**DEPARTEMENT FÜR VOLKS-
WIRTSCHAFT UND SOZIALES**

Die Departementssekretärin

Sandra Felix

